

«Ethisch nicht nachvollziehbar»

Der Verein Ripa inculta! rief am Samstag zur Demo- und Infoveranstaltung beim Kreisel in Wangen auf. Ziel war es, die Öffentlichkeit über die Hintergründe der Überbauung Nuolen See zu informieren.

Von Tatjana Kistler

Wangen. – «Früher war alles besser, warum nicht auch in Zukunft?», «Wollen wir der Umwelt nachhaltig schaden?» oder «Wert (Nuolen See): 200 Millionen Franken – Wert freies Ufer: unbezahlbar». Solche und ähnliche Slogans zierte am Samstag das Gebiet um den Wangner Kreisel. Mittels einer Demonstrations- und Informationsveranstaltung informierte der im letzten Monat gegründete Verein Ripa inculta! über die Geschichte des Ufers in Nuolen und die Problematik, die mit der geplanten 600-metrischen Uferüberbauung zusammenhängt. «Wir sind uns sicher, dass vielen nicht klar ist, was sich in Nuolen abspielt. Die Überbauung bringt einschneidende Konsequenzen für Landschaft, Anwohner und das Dorf Nuolen mit sich», erläuterte Vorstandsmitglied Gregor Ruoss. In Zusammenarbeit mit der IG Nuolen natürlich wurde den rund 80 Besuchern zwischen 11 und 16 Uhr unter anderem aufgezeigt, welche Nachteile aus der Realisation der Überbauung und der damit zusammenhängenden Seeaufschüttung von über 25000 m² erwachsen würden. «Das Vorhaben widerspricht



Die Botschaft ist eindeutig: Die Vorstandsmitglieder von Ripa inculta! stellen sich vehement gegen die geplante Uferüberbauung in Nuolen. (v. l.) Nicolas Winet, Ursula Rothlin (IG Nuolen natürlich), Gregor Ruoss, Thomas Schibli, Philip Cavicchiolo und Rosmarie Ruoss.

Bild: Tatjana Kistler

den gesetzlichen Vorschriften und ist ethisch, moralisch und rechtlich nicht nachvollziehbar», äusserte sich Ursula Rothlin von «Nuolen natürlich» gegenüber den Veranstaltungsbesuchern. Als prominentes Mitglied war

Silvia Kündig, St. Galler Kantonsrätin Grüne Partei, in Wangen vertreten. Ohne die Hilfe von WWF und Pro Natura stellt sich der Verein in Zusammenarbeit mit der nationalen Umweltschutzorganisation Rives publi-

ques gegen das Überbauungsvorhaben und plant gar eine allfällige Volksinitiative. Die IG Nuolen prüft zurzeit die Option, beim Bundesgericht eine Beschwerde gegen das Vorhaben einzureichen.